

**Dr. Hans-Jürgen Urban**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**

**Festansprache**

**anlässlich „125 Jahre IG Metall“ in Schwäbisch-Hall**

**und Abschied Heidi Scharf**

**21. Juli 2016**

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

**125 Jahre IG Metall: Zukunft braucht Herkunft**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind heute zusammengekommen, um einen besonderen Geburtstag zu feiern.

Das Geburtstagskind heißt IG Metall und die Lebenszeit beträgt stolze 125 Jahre.

125 Jahre IG Metall, das sind:

125 Jahre als Selbsthilfeorganisation, in der sich die abhängig Beschäftigten organisieren;

125 Jahre Schutz vor übermächtigen Macht- und Profitinteressen;

und 125 Jahre im Kampf um eine bessere, humanere und demokratischere Gesellschaft.

Angesichts dieses Jubiläums schauen wir aller Orten auf die Geschichte unserer IG Metall.

Aber warum?

Warum beschäftigen wir uns eigentlich mit der Vergangenheit?

Sollte unsere Aufmerksamkeit nicht der Zukunft gelten?

Ja, das sollte sie – und gerade deshalb schauen wir in den historischen Rückspiegel.

Denn: "Zukunft braucht Herkunft", wie der Philosophe Odo Marquardt sagte.

Wer seine Vergangenheit vergisst, verspielt seine Zukunft.

Und wer Fehler nicht bewältigt, riskiert, sie zu wiederholen.

Blicken wir also zunächst zurück:

Unsere Gründungsväter arbeiteten, lebten und kämpften unter der Knute des Fabrikherrn, dem Kommandoton preußischer Beamter und den Säbeln des wilhelminischen Obrigkeitsstaats.

Arbeitnehmerrechte? – Fehlanzeige!

Die wöchentliche Arbeitszeit – 80 Stunden und mehr!

Bürgerrechte? – Keine Spur!

Und Demokraten galten als Aufwiegler und vaterlandslose Gesellen, denen man die Polizei ins Haus schickte und mit Zuchthaus drohte.

Dagegen haben sich unsere Vorväter und –mütter gewehrt, dagegen haben sie gestritten und gestreikt.

Sie haben im Kampf für bessere Arbeit und mehr Lohn, Gewerkschaftsrechte und Demokratie viel riskiert – und das mit Erfolg, wie wir heute wissen!

**Gründung DMV und Aufstieg der Arbeiterbewegung**

Kolleginnen und Kollegen!

Die Antwort auf Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen hieß: Organisiert euch und kämpft gemeinsam!

Die Metallarbeiter begannen damit in den 1860er Jahren – etwa 1868 in Nürnberg und 1874 in Hannover.

Der Obrigkeitsstaat reagierte mit Unterdrückung.

Otto von Bismarck agierte mit Zuckerbrot und Peitsche.

Durch erste, rudimentäre Sozialversicherungen wollte er den Obrigkeitsstaat als Fürsorgestaat erscheinen lassen.

Doch mit den Sozialistengesetzen versuchte er, die die Arbeiter-Organisationen zu zerstören.

Doch vergebens.

Der Drang nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und Entlohnung ließ sich nicht mehr aufhalten.

1890 hob Bismarck sein Schandgesetz auf.

Zurück in der Legalität kamen Vertreter von 23.000 Metallhandwerkern und Metallarbeitern in der ersten Juniwoche des Jahres 1891 in Frankfurt am Main zusammen und gründeten den Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV).

Bis zum Ersten Weltkrieg ab 1914 konnten die Arbeiter in der Metallindustrie oder bei den Werften deutliche Verbesserungen erkämpfen.

So wuchs die Mitgliederzahl mit rasantem Tempo.

Schon kurz nach der Jahrhundertwende wurde die Marke von 100.000 Mitgliedern überschritten.

Gleichzeitig erlangten die Gewerkschaften bereits in jener Zeit eine wichtige sozialpolitische Funktion.

Sie führten die Zusatzversicherung bei Arbeitslosigkeit ein und organisierten durch Konsumgenossenschaften und Kulturvereine alltägliche Solidarität.

**Historisches Versagen im Angesicht des Faschismus**

Kolleginnen und Kollegen,

aber wir wissen auch:

Unsere Geschichte weist nicht nur Erfolge, sondern auch bittere Niederlagen auf.

Nicht nur, weil der Gegner mächtig war, sondern auch, weil wir zerstritten waren.

So waren wir uneins im Kampf gegen den heraufziehenden Faschismus.

Die Arbeiterbewegung war politisch gespalten und die Gewerkschaften zerfielen in unterschiedliche Richtungsgewerkschaften.

Erst in den KZs und im Widerstand gegen das verbrecherische Nazi-Regime fand wieder zusammen, was zusammen gehört:

Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Christen und Humanisten.

Sie alle verband nach dem Krieg die Hoffnung auf eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung, wie es damals hieß.

Doch der heraufziehende Kalte Krieg zerstörte viele Hoffnungen.

Allgemeingut war:

Teile des Kapitals hatten den Faschisten den Weg zur Macht geebnet - durch politische, ideologische und finanzielle Unterstützung.

Das sollte sich nicht wiederholen:

Wirtschaftliche Macht sollte durch Überführung wichtiger Industrien in Gemeineigentum begrenzt werden.

Doch die von den Gewerkschaften angestrebte Demokratisierung der Wirtschaft scheiterte.

An ihre Stelle traten Formen der betrieblichen Mitbestimmung.

Doch selbst die blieben bis heute umstritten, ja umkämpft.

Teile des Arbeitgeberlagers haben nie ihren Frieden mit der Mitbestimmung gemacht.

Für uns aber ist klar:

Mitbestimmung ist Gegenmacht, sie ist gelebte Demokratie, und die Demokratie darf nicht am Werkstor enden!

Nicht weniger, sondern mehr Demokratie, auch mehr Wirtschaftsdemokratie, ist das Gebot der Stunde!

Ein Gebot, dem wir uns – so sehe ich es – deutlich stärker widmen sollten, als wir es gegenwärtig tun.

**Einheitsgewerkschaft**

Kolleginnen und Kollegen!

Die Spaltung der Arbeiterbewegung war eine der Gründe für die Niederlage im Kampf gegen den Faschismus.

Die Antwort bei der Neugründung unserer Organisation nach dem Zweiten Weltkrieg hieß: Einheitsgewerkschaft!

Bis heute ist sie uns historisches Erbe und zugleich Leitbild für die Zukunft.

Das gilt nicht zuletzt für das Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit.

Über Jahrzehnte teilten Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine gemeinsame Tradition.

Doch das ist Geschichte.

Vor allem die Agenda 2010-Politik hat das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD auf das Schwerste belastet, ja viele sagen: zerrüttet.

Zugleich hat sich das Parteien-System erweitert – etwa um die Partei Die Linke.

Und wenn wir nicht wachsam und wehrhaft sind, auch um die Partei der europafeindlichen Populisten, die sich – zu Unrecht –„Alternative für Deutschland“ nennt.

Man mag diese Entwicklung bedauern, aber ignorieren darf man sie nicht.

Auch die Gewerkschaften müssen sich diesen Bedingungen stellen.

Für mich steht fest:

Die IG Metall ist keine Vor- oder Nachfeldorganisation irgendeiner Partei!

Parteipolitische Unabhängigkeit ist das Gebot der Stunde!

Wir müssen unabhängig von Parteitaktiken und -interessen Politik für unsere Mitglieder formulieren - und offen sein für alle Parteien, die bereit sind, Arbeitnehmerpolitik zu unterstützen.

Und zugleich müssen wir für fortschrittliche Mehrheiten in den Parlamenten und in der Gesellschaft werben.

Mehrheiten für Fairness, Solidarität und Gerechtigkeit!

Ja. Solidarität und Gerechtigkeit!

Und das mag im Zeitalter des ungezügelten Egoismus altmodisch klingen.

Doch für uns bleibt das hochmodern – Zeitgeist hin oder her!

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen,

125 Jahre IG Metall heißt 125 Jahre Mut, Engagement und Kampf für eine bessere Gesellschaft.

Dabei bestätigte sich stets eine alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung:

Die Erkenntnis, dass gewerkschaftliche Erfolge und Arbeitnehmerrechte in kapitalistischen Gesellschaften nie ungefährdeter Besitzstand sind;

dass sie immer wieder neu errungen und verteidigt werden müssen.

Und das gilt umso mehr im gegenwärtigen, außer Rand und Band geratenen Finanzmarkt-Kapitalismus.

**Die Herausforderungen der Zukunft**

Und damit bin ich nach meiner kleinen Zeitreise in unsere Vergangenheit in der Jetzt-Zeit angekommen.

Denn wer aus der Geschichte lernen will, muss sich den Herausforderungen stellen, die heute vor uns stehen.

Und die vordringlichste Aufgabe engagierter Gewerkschafter besteht darin, das sozialstaatliche Erbe unserer Väter und Mütter in der neuen Zeit zu bewahren.

Für mich steht fest:

Der Kampf um die Zukunft des Sozialstaates ist der Kampf um die Zukunft unserer Gesellschaft!

Der Sozialstaat ist und bleibt eine unverzichtbare Institution zur Humanisierung und Demokratisierung unserer Gesellschaft;

einer kapitalistischen Gesellschaft, die aus sich heraus eben nicht human und nicht demokratisch ist.

Es waren die sozialen Sicherungssysteme, unsere Tarifverträge, das Arbeits- und Sozialrecht und nicht zuletzt starke Gewerkschaften, die den ungezügelten Industriekapitalismus gezähmt und humanisiert haben.

So konnten aus eigentumslosen Proletariern selbstbewusste, gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden – und Staatsbürger mit einklagbaren sozialen Rechten.

Und weil das so ist, weil mit dem Sozialstaat Humanität und Solidarität in unserer Gesellschaft auf dem Spiel stehen, müssen wir gerade hier Flagge zeigen.

Und das heißt:

Wir müssen uns der Demontage des Sozialstaates weiter widersetzen – von welcher Partei auch immer sie betrieben wird!

Auch das ist Gewerkschaftspolitik, die aus der Geschichte gelernt hat!

**Sozialer Fortschritt ist möglich**

Und, Kolleginnen und Kollegen, wir kämpfen nicht ohne Erfolge.

Immer wieder erstreiten wir in mitunter harten Tarifrunden höhere Löhne und humanere Arbeitszeiten.

Erst jüngst haben wir einen mehr als ansehnlichen Tarifabschluss hinbekommen.

Und in Bälde werden wir eine Arbeitszeitkampagne starten, um die tariflichen Regelungen den neuen Bedürfnissen anzupassen.

Wir haben den Mindestlohn erkämpft, um Lohndumping nach unten eine Grenze zu setzen.

Wir haben die abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren erstritten, um vielen nach einem langen Arbeitsleben die Demütigung hoher Rentenabschläge zu ersparen.

Unter dem Stichwort der Digitalisierung nehmen wir Anlauf, um die Arbeit der Zukunft zu gestalten.

Und gestern habe ich gemeinsam mit unserem Vorsitzenden Jörg Hoffmann eine Pressekonferenz zu den Forderungen der IG Metall für den Neuaufbau einer Solidarischen Alterssicherung durchgeführt.

Wir werden eine großangelegten Kampagne für ein höheres Rentenniveau für alle starten – und wenn es sein muss, in den Konflikt mit der Bundesregierung gehen.

Aber das reicht nicht.

**Zukunft Europas**

Heute entscheidet sich unsere Zukunft auch in Europa.

Doch das Projekt steckt in seiner tiefsten Krise – und das nicht erst seit dem Brexit.

Sozialstaat, Humanität und Demokratie – das sollte auch für Europa gelten!

Aber die EU ist weit davon entfernt.

Im Namen der Bankenrettung und der Schuldentilgung werden die europäischen Sozialstaaten geschliffen und Millionen Menschen die Zukunftsperspektiven geraubt.

Und die Demokratie muss draußen bleiben, wenn in den Hinterzimmern in Brüssel Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA ausgemauschelt werden.

So hat Europa keine Chance – da muss man sich nicht wundern, wenn sich die Menschen abwenden.

Ich sage: Wir müssen Europa neu begründen!

Der Weg in den aufkommenden Nationalismus muss gestoppt werden:

Durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und vor allem: demokratischen Mut!

Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und demokratische Zukunft!

Sonst wird der Brexit zum Exit für Europa.

**Flüchtlingspolitik**

Aber, Kolleginnen und Kollegen, Europa versagt angesichts der Flüchtlingsfrage.

Zäune, Schlagstöcke und Tränengas erwartet Menschen, die in Europa Schutz vor Krieg, Terror und Armut suchen.

Die Humanität versinkt im Schlamm vor Idomeni und stirbt in den Flüchtlingsbooten.

Und dann lässt sich die EU auf einen schmutzigen Deal mit der Türkei ein, durch den die Menschen wie Frachtgut hin- und hergeschoben werden sollen.

Ich finde das unerträglich.

Dabei will ich nicht verschweigen:

Auch in unseren Reihen gibt es besorgte Stimmen.

Viele fragen sich, wie Gemeinden und Kommunen die Anforderungen bewältigen können;

Wie es mit den zu uns Geflüchteten weitergeht -

und was das alles kostet und wer es bezahlen soll.

Kolleginnen und Kollegen,

Fragen dieser Art sind nicht nur verständlich, sie sind berechtigt.

Ja, sie müssen gestellt und beantwortet werden, weil sie Ausdruck ernsthafter Sorge sind.

Kein Zweifel, eine solidarische Antwort auf die Flüchtlingskrise kostet auch Geld.

Aber ein Blick auf die obszöne Ungleichverteilung der Vermögen auch in Deutschland zeigt, wo Finanzmittel zu holen wären.

Wenn die oberen 10 Prozent der Gesellschaft fast 70 Prozent des Vermögens besitzen und die untere Hälfte fast gar nichts, dann schreit das doch nach einer nachhaltigen Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Dort, und nicht bei Beschäftigten, Arbeitslosen und Niedriglöhnern ist das Geld zu holen!

Deshalb: Alle Unterstützung für die, die unsere Hilfe brauchen!

Aber offene Gegnerschaft zu denen, die im Windschatten der gesellschaftlichen Aufregung auf Sozialdumping und Schmutzkonkurrenz setzen!

Das geht gar nicht! Nicht bei Zugewanderten, und auch nicht bei Deutschen!

Aber, Kolleginnen und Kollegen, ich will hier Klartext reden:

Wer mit der herrschenden Politik hadert, wer denen da oben einen Denkzettel verpassen will und deshalb PEGIDA, die AfD oder andere Demokratiefeinde unterstützt, der spielt den falschen in die Hände.

Oder was wäre von einem Stürmer zu halten, der aus Wut über den Schiri ein Eigentor nach dem anderen schießt.

Wer auf der Flamme von Bürgerwut und Zukunftsängsten seine braune Suppe kochen will, der meint es nicht gut mit seinem Land!

Wo waren sie denn, diese angeblichen Patrioten, als wir für Mindestlöhne, auskömmliche Renten und gute Arbeit gekämpft haben?

Während wir für eine bessere Gesellschaft streiten, beleidigen sie die Menschen, die vor Terror, Krieg und Gewalt zu uns fliehen.

Glaubt denn wirklich jemand, dass die Flüchtlinge fairen Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit im Wege stehen?

Oder dass wir zu mehr Gerechtigkeit kommen, wenn wir das Christentum preisen und den Muslimen, die unter uns leben, das Recht auf ihre Religion absprechen?

Wir, die Nachfahren der Kreuzritter und Hexenverbrenner!

Nein, Kolleginnen und Kollegen!

Hetze gegen Minderheiten hilft nicht gegen Ungerechtigkeit.

Hier ist Widerstand gegen Menschenverachtung und Dummheit angesagt!

Wir stehen für Toleranz und Menschenwürde und zugleich für soziale Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit.

Das sind die gewerkschaftlichen Antworten auf eine der großen Frage unserer Zeit.

**Zum Abschied von Heidi Scharf**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wenn ich in meiner Rede immer wieder „die IG Metall“ sage, dann klingt das etwas abstrakt.

Denn: die IG Metall, das seid ihr!

Das sind über 2,2 Mio. Kolleginnen und Kollegen, die den Laden täglich am Laufen halten.

Und deshalb ehren wir heute vor allem über 2, 2 Millionen Metallerinnen und Metaller, denen ich im Namen des Vorstandes den herzlichsten Dank sagen will.

Für Mut, Solidarität und Tatkraft - in der Vergangenheit und in der Zukunft!

Und auch wenn ich weiß, dass sie es gar nicht schätzt, möchte heute eine Kollegin hervorheben:

Ich meine natürlich unsere Heidi Scharf, die ich heute verabschieden möchte!

Dabei kann und ich will ich nicht verhehlen: ein Portion Wehmut und Melancholie ist da schon im Spiel.

Heidi steht wie wenige für eine Generation von Metallerinnen und Metallern, die mich in die IG Metall geholt und stark geprägt hat.

Eine Generation, die bewiesen hat, dass es möglich ist, unsere Organisation auch in schwierigen Zeiten als durchsetzungsfähigen Kampfverband zu erhalten.

Wir, also die Übergangsgenration der ich angehöre und die Jüngeren unter uns, müssen diesen Beweis erst noch erbringen.

Kein Zweifel, Heidi war stets eine Frau der Basis, eine Expertin für gewerkschaftliche Kernerarbeit.

„Gute Gewerkschaftsarbeit heißt für mich (…), die Vertrauensleutearbeit zu stärken“, so Originalton auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag 2007.

Ihr gewerkschaftlicher Werdegang begann im Stahlwerk als aktive Vertrauensfrau, als Sprecherin der Angestellten und als Mitglied der VKL.

Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen waren und sind dabei ihre Themen.

Und das stets auf der Höhe der Zeit.

Ein Highlight war die Unterstützung des Betriebsrates der Firma Huber in Öhringen in 2010 im Kampf unter anderem gegen Leiharbeit:

Die Auseinandersetzung ging bis kurz vor die Urabstimmung.

Ergebnis: Betriebsvereinbarung mit Ausschluss von Leiharbeit – und sie hält – wie ich mir habe sagen lassen - bis heute!

Sicher ein ermutigendes Beispiel für Heidis Kampf für „Gleiche Arbeit – gleicher Lohn – gleiche Rechte!“

Dabei ging es nicht nur gegen prekäre Arbeit, sondern von Beginn an auch um die Sache der gesellschaftlichen Emanzipation der Frauen.

Heidi war stets eine aktive, linke Frauenpolitikerin.

Linke Frauenpolitik weiß:

Die Gleichstellung der Frau ist untrennbar verknüpft mit sozialer Gerechtigkeit und dem gewerkschaftlichen Kampf.

Und das war bei ihr keine abstrakte Formel, sondern Leitlinie konkreter Gewerkschaftsarbeit.

Etwa in der IG Metall-Kampagne: „Auf geht’s – rauf geht’s!“ gegen „Frauen-Leichtlohngruppen“ und für eine gerechte Eingruppierung.

Heidi gehörte zu den Aktivistinnen und hat der Kampagne Profil und Schlagkraft verliehen.

Oder nehmen wir Engagement in den 90er Jahren für zwei „Frauen*streik*tage“ - 8. März 1994 und 5. Mai 1996.

Ziel war eine (Zitat Heidi) „breite Bewegung von Frauen“ gegen „Lohnungleichheit, prekäre Beschäftigung und Altersarmut“.

Der DGB war zögerlich, aber Heidi gehörte zu denjenigen, die die Sache voranbrachten – mitunter auch gegen den Widerstand von Kollegen – nicht nur im DGB!

Bei alle dem war immer klar: Die Betriebs- und Tarifpolitik sind die Kernfelder der IG Metall, aber eine progressive Gewerkschaftspolitik muss auch in die Gesellschaft hinein reichen.

Sie muss zugleich Einfluss auf die Sozial- und Gesellschaftspolitik nehmen – das verlangt ein starkes politisches Mandat.

Ob Rente, Arbeitsmarkt oder Krankenkasse – wir Metallerinnen und Metaller sind die Experten für soziale Gerechtigkeit.

Das können wir nicht an irgendeine Partei oder Bürgerbewegung delegieren.

Wir müssen uns schon selbst kümmern.

Auch dafür steht Heidi!

Zu diesem politischen Mandat gehört untrennbar der Kampf gegen alle Spielarten von Rechtsextremismus und Neofaschismus.

Zitat Heidi:

„Es ist unsere Aufgabe für Frieden, Freiheit, Gleichberechtigung und Völkerverständigung einzutreten und solche Aufmärsche (Nazi-Aufmarsch in Schwäbisch-Hall; HJU) mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

Dazu fordere ich Sie als Bürgerin dieser Stadt und als 1. Bevollmächtigte der IG Metall Schwäbisch Hall ausdrücklich auf.“

Das Zitat stammt aus einem offenen Brief an Herrn Oberbürgermeister Pelgrim aus dem Jahre 2003.

„Bürgerin und 1. Bevollmächtigte der IG Metall“- schrieb Heidi!

Besser ließe sich ihr Selbstverständnis nicht beschreiben.

Gewerkschafterin, engagierte Bürgerin und Politikerin – das gehört zusammen!

Heidi ist in der örtlichen Antifa-Bewegung aktiv und Landesprecherin der Linken für Baden-Württemberg.

Das sind unterschiedliche Äste eines Baumes, dessen Wurzeln im Kampf für die Interessen der arbeitenden Menschen gründen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ja, Heidi steht für vieles: Mut, Engagement und politische Klarheit.

Aber manches Mal gibt sie uns auch Rätsel auf.

Der Philosoph und Aufklärer Jean-Jacques Rousseau hat einmal gefragt:

*„Glücklich ist das Land, wo man es nicht nötig hat, den Frieden in einer* [*Wüste*](https://de.wikiquote.org/wiki/W%C3%BCste) *zu suchen! Wo aber ist dieses Land?"*

Rousseau fand keine Antwort - er hätte Heidi fragen sollen.

Denn: Freunde und Weggefährten wissen: Bisweilen zieht es Heidi in die Wüste!

Freiwillig und mehrere Wochen! In die Sahara oder die Wüste Gobi.

Stille, Einsamkeit und grenzenlose Weite.

Diese Weltferne scheint untypisch für eine Frau, die mit Kopf, Herz und Hand in den Betrieben für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen kämpft und unermüdlich für bessere Zeiten streitet.

Doch die Wüstensehnsucht gibt mehr von Heidi preis, als man zunächst glauben mag.

Wer in die Wüste zieht, kann das nicht alleine tun.

Ohne die Weggefährtinnen und Weggefährten wäre man hilflos den Gewalten der Natur ausgesetzt – Teamgeist ist also unerlässlich.

Unverzichtbar ist auch die Entschlossenheit, die Karawane zu einem Kurswechsel zu bewegen, wenn sie in die Irre läuft.

Eine Entschlossenheit, die mitunter auch im Streit durchzusetzen ist – ohne jedoch die Solidarität unter den Reisenden zu riskieren.

Und schließlich brauchen Wüstenreisende – so stellen wir Wüstenunerfahrenen uns das jedenfalls vor – Durchhaltevermögen, um sich Schritt für Schritt dem Ziel der Oase zu nähern, auch wenn der Weg unendlich weit scheint.

Also: Teamgeist, solidarische Streitlust sowie einen starken Willen, am Ziel anzukommen – das brauchen Wüstenreisende.

Und alles das hat Heidi!

Und sie hat es seit vielen, vielen Jahren eingebracht in Ihren Kampf für Gewerkschafts- und Frauenrechte, für mehr Gerechtigkeit und das Ziel einer besseren Gesellschaft!

Ein Glückfall für die Organisation, ein Glücksfall für unsere IG Metall!

Liebe Heidi,

Wir, die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall waren stets glücklich, Dich in unserer Karawane zu wissen.

Eine Kollegin, die mit Rat und Tat und mit solidarischer Streitlust für eine Gesellschaft stritt, nach der sich nicht nur Rousseau sehnt.

Eine „Gesellschaft, in der die Menschen nicht fremdbestimmt sind, sondern ihre Belange selbst bestimmen können.“ – wie Du es einmal formuliert hast.

Für alles das möchte ich Dir im Namen der Organisation, im Namen des Vorstandes der IG Metall und auch ganz persönlich danken.

Herzlichen Dank, alles erdenklich Gute für die Zukunft und viel Spaß in der Wüste Gobi!